

Berlin, 6. Juli 2020

Briefentwurf

Herrn Minister

a.d.D.

Uniper SE
Andreas Schierenbeck
Vorsitzender des Vorstands

Holzstraße 6
40221 Düsseldorf

Betr.:

**Nord Stream 2 - Protecting Europe's Energy
Security Clarification Act of 2020**

Bezug: Schreiben vom 17.06.2020

I. Stellungnahme

Der Vorstandsvorsitzende von UNIPER SE, Andreas Schierenbeck, hat mit Schreiben vom 17.06.2020 seine Besorgnis über den neuen Gesetzentwurf "Protecting Europe's Energy Security Clarification Act of 2020" (PEESCA) der Senatoren Cruz, Shaheen, Barrasso, Cotton und Johnson zur Verschärfung der Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 zum Ausdruck gebracht und darum gebeten, sich gegen diese extraterritorialen Sanktionen einzusetzen. Mit Infovorlage vom 18.06.2020 wurden Sie über den neuen Gesetzentwurf "Protecting Europe's Energy Security Clarification Act of 2020" (PEESCA) der Senatoren Cruz, Shaheen, Barrasso, Cotton und Johnson zur Verschärfung der Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 unterrichtet. Der Gesetzentwurf bezieht alle Firmen, die Dienstleistungen, Versicherungen oder bestimmte Nachrüstungsdienste für Verlegeschiffe sowie Dienstleistungen wie Prüfungen, Inspektionen oder Zertifizierungen, die für den Betrieb von Nord Stream 2

Vom Leitungsbereich auszufüllen	
TGB-Nr.	5-200622-014
Eingang Leitung	
eDW-M- Nr.:	
Rein- schrift	
Abzeichnungsleiste	
PSt z. K.	
St	
AL	
UAL	
Referatsinformationen	
Referats- leiter/in	
Bearbei- ter/in	IIA4 06.07.20
Mit- zeichnung	VB2
Referat und AZ	IIA4 – 33402/004

erforderlich sind, ein. Die Inbetriebnahme der Pipeline soll ebenfalls sanktioniert werden.

Uniper SE ist einer von fünf ausländischen Finanzinvestoren des Projektes und mit rd. einer Milliarde beteiligt.

Im Gegensatz zur Verabschiedung der Sanktionen Ende 2019 sind diesmal weitere EU-Mitgliedsländern über die Ausweitung der US-Sanktionen besorgt und kritisieren diese. Vor diesem Hintergrund gibt es Gespräche mit der EU-KOM über eine herausgehobene Rolle der EU-KOM um der USA zu verdeutlichen, dass eine erneute Verschärfung der extraterritorialen US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 als Übergriff auf die energiepolitische Souveränität der EU insgesamt eingeordnet würde. Parallel dazu haben sich bereits erste MdB schriftlich an ihre Kollegen im Senat und Repräsentantenhaus gewandt.

II. Brieftextentwurf

Anrede,

ab hier Brieftext

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 17.06.2020. Wie Sie teile ich Ihre Besorgnis über den neuen Gesetzesvorschlag Protecting Europe's Energy Security Clarification Act of 2020" (PEESA) der US Senatoren Cruz, Shaheen, Barrasso und Cotton.

Der neue Gesetzesvorschlag verschärft die bereits bestehenden PEESA Sanktionen um neue extraterritoriale Sanktionen und ist ein Eingriff in die Energiesouveränität der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Die Bundesregierung lehnt grundsätzlich jegliche extraterritorialen Sanktionen ab. Dies hat mein Parlamentarischer Staatssekretär, Thomas Bareiß, in der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des deutschen Bundestages am 1.7.2020 zum Thema „Sicherung der Souveränität deutscher und europäischer energiepolitischer Entscheidungen (Nord Stream 2)“ eindeutig zum Ausdruck gebracht und die Mitglieder des Bundestages gebeten, sich an Ihre US-Kollegen in Senat und Repräsentantenhaus

zu wenden um Ihrer Besorgnis Ausdruck zu verleihen. Diesem Wunsch sind bereits mehrere MdB's aus unterschiedlichen Fraktionen gefolgt.

Neben nationalen Aktivitäten, bitten Sie auch um ein stärkeres europäisches Engagement. Mein Ministerium ist bereits im Gespräch mit der Europäischen Kommission, um ein gemeinsames Auftreten gegen diese extraterritorialen Sanktionen zu finden.

Für die langfristige sichere Versorgung Europas mit Erdgas wird die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Nord Stream 2 Pipeline eine wichtige Rolle spielen, deshalb wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie alle Gesprächsmöglichkeiten nutzen um diese Sanktionen zu verhindern.

Grußformel

Datenschutzhinweis